

## **1 Einleitung**

Deutschland stand nach dem 2. Weltkrieg vor einem grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Neuanfang. Es gab verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Vorstellungen und Zielsetzungen zur Neuordnung der westdeutschen Wirtschaft. Bei einer detaillierten Betrachtung ist eine Differenzierung zwischen deutschen und externen Akteuren hilfreich. Die externen Akteure sind die 3 Besatzungsmächte in Westdeutschland: die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich. Deutsche Akteure sind die verschiedenen einflussreichen Gruppen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, wobei ein Schwerpunkt auf die Parteien zu legen ist. Im Folgenden werden die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede der verschiedenen Vorstellungen, sowie ihre Weiterentwicklung analysiert und in übergeordneten Kategorien vergleichend dargestellt. Dabei werden die wesentlichen geschichtlichen Hintergründe berücksichtigt.

## **2 Vorstellungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs**

### **2.1 Der Morgenthau-Plan**

Während des Krieges in den Jahren 1943/44 entwarf der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau einen Plan, der nach dem 2. Weltkrieg eine weitgehende Deindustrialisierung Deutschlands durch Demontagen zu Reparationszwecken vorsah. Es war das erklärte Ziel, Deutschland wieder in einen Agrarstaat zurückzuverwandeln.<sup>1</sup> Dieser Plan wurde von Frankreich unterstützt, da man ihn als geeignet erachtete die Bedrohung durch Deutschland ein für alle mal zu beseitigen. Die Briten waren zu keiner Zeit Anhänger des Morgenthau-Plans, denn sie befürchteten, Deutschland würde bei dessen Durchsetzung nicht fähig sein, sein Existenzminimum aus eigener Kraft zu decken und wäre somit auf ständige Hilfe aus dem Ausland angewiesen.<sup>2</sup> Damit wären die Nachteile in Form einer Belastung der britischen Zahlungsbilanz voraussichtlich größer als die verbesserten Exportchancen der britischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt durch den Wegfall der deutschen Konkurrenz. Diesen Aspekt versuchten die Amerikaner den Briten schmackhaft zu machen. Letztlich verwarfen der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premier Minister Winston S. Churchill bereits im Herbst 1944 den Morgenthau-Plan, der aber noch Nachwirkungen in der Besatzungs- und Bewirtschaftungspolitik der Alliierten bis 1947 haben sollte. Dabei fällt insbesondere der Industrieniveauplan von 1946 auf, welcher die deutsche Industrieproduktion auf 55 % des Niveaus des letzten Vorkriegsjahres 1938 beschränkte und Reparationsleistungen

---

<sup>1</sup> Vgl. Schröter (2000), S. 358

<sup>2</sup> Vgl. Buchheim (1990), S. 4

aus der laufenden Produktion vorsah.<sup>3</sup> Auch kann die extreme Steuerprogression ohne weiteres als ein Mittel interpretiert werden, um die wirtschaftliche Entwicklung zu hemmen. Jedoch kam es schon im Jahre 1947 mit dem deutlich moderateren zweiten Industrieniveauplan und der Ankündigung eines „European Recovery Program“ (ERP) durch den neuen amerikanischen Außenminister George Marshall am 5. Juni 1947 zu einem grundlegenden Wandel der Vorstellungen bezüglich der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands.

## **2.2 Die unterschiedlichen Ziele der drei westlichen Besatzungsmächte in der unmittelbaren Nachkriegszeit im Vergleich**

Es folgt ein Vergleich der Auffassungen bezüglich der Eigentumsverfassung, der Wettbewerbspolitik und der ersten Währungsreformpläne.

### **2.2.1 Die liberalen Ambitionen der USA**

Die Vereinigten Staaten hatten bereits seit 1945 das langfristige Ziel die deutsche Wirtschaft, beziehungsweise später die westdeutsche, wieder in die Weltwirtschaft einzugliedern. Grundlage hierfür war die pragmatische liberale Besatzungspolitik der Amerikaner mit ihren Leitsätzen: freier Wettbewerb und Privatkapitalismus, die Sozialisierungsbestrebungen im großen Stil verhinderte, wie sie von Großbritannien befürwortet wurden.<sup>4</sup> Wobei anfangs auch amerikanische Anhänger von Roosevelts „New Deal“-Reformpolitik der 30er Jahre, ihres Zeichens Keynesianer, Sympathie für Sozialisierungsmaßnahmen bekundeten. Der Einfluss dieser Gruppe nahm aber rasch ab. Die Amerikaner forcierten vielmehr ihre Maßnahmen zur Dekonzentration insbesondere der stark verflochtenen Grundstoffindustrien und des deutschen Bankenwesens, was schließlich im „Decartelisation Law“ von 1947 mündete.<sup>5</sup> Außerdem legten die USA schon 1945 einen ersten Währungsreformplan vor, gefolgt von einem zweiten ausgereifteren Plan, der im August 1946 präsentiert wurde. Dieses Konzept, benannt nach seinen Initiatoren Cohn-Dodge-Goldsmith-Plan (CDG), war im Jahre 1948 dann auch Grundlage für die Währungsreform.

### **2.2.2 Großbritannien in Opposition zu den USA**

In Großbritannien fand unmittelbar nach dem Krieg 1945 ein Regierungswechsel statt. Dem konservativen Premier Winston S. Churchill folgte Clement R. Attlee nach einem Sieg der

---

<sup>3</sup> Vgl. Giersch, Paqué, Schmiedling (1992), S. 18

<sup>4</sup> Vgl. Winkler, D. (1979), S. 89

<sup>5</sup> Vgl. Möschel (1989), S. 145

sozialistischen „Labour Party“. Diese wurde von den einflussreichen englischen Gewerkschaften gestützt. Folglich betrieb Großbritannien eine Besatzungspolitik, die versuchte große Teile der Industrie insbesondere im Ruhrgebiet zu vergesellschaftlichen und zu monopolisieren. Die britische Regierung war überzeugt, eine verstaatlichte Industrie unter der Kontrolle einflussreicher deutscher Gewerkschaften wäre ein Garant für Frieden, da sie eine Kriegswirtschaft grundsätzlich erschwere. Deshalb unterstützten die Briten deutsche Gewerkschaften und die SPD sehr früh schon nach Kräften. Auch in Fragen der Währungsreform war die britische Regierung anderer Auffassung als die Vereinigten Staaten, was sich in der Ablehnung des ersten Währungsreformplans der Amerikaner von 1945 zeigte, welchen die Briten mit der Begründung ablehnten, die deutschen öffentlichen Haushalte müssten vor einer Reform erst ausgeglichen sein.<sup>6</sup>

### **2.2.3 Frankreich geht seinen eigenen Weg**

Frankreich war stets daran interessiert die deutsche Wirtschaft zugunsten eines Aufbaus der französischen Wirtschaft zu schwächen, weshalb es eine gemeinsame wirtschaftliche Zentralverwaltung der Zonen ablehnte.<sup>7</sup> Die Reparationsentnahmen in der französischen Zone waren im Verhältnis zu den anderen westlichen Zonen auch deutlich höher. Frankreich trat für eine Teilung Deutschlands in mehrere Einheiten und die Abtrennung des Ruhrgebiets ein, um Deutschland zu schwächen und den Aufbau Westeuropas mit deutscher Kohle zu ermöglichen.<sup>8</sup> Schließlich kann man den Schluss ziehen, dass Frankreich keine konstruktive Vorstellung zur Neuordnung der deutschen Wirtschaft hatte im Sinne einer Ordnung die zu Wohlstand führen soll. Vielmehr verfolgte Frankreich oftmals eine Besatzungspolitik, die an eigenen Interessen ausgerichtet war. Am ehesten waren die französischen Vorstellungen mit denen des Morgenthau-Plans vergleichbar. Die im Cohn-Dodge-Goldsmith-Plan angedachte Währungsreform wurde von Frankreich ebenfalls abgelehnt, denn sie hätte die Finanzierungsmöglichkeiten der französischen Truppen stark eingeschränkt, da die Besatzungskosten neben den noch schwachen Steuererlösen vor allem durch den Druck von der Reichsmark gleichgestellter Militärmark gedeckt wurden.<sup>9</sup> Mit einer Währungsreform wäre diese Finanzierungsmöglichkeit der Besatzungsverwaltungen dann nämlich verwehrt, denn sie würde eine expansive Geldpolitik unmöglich machen.

---

<sup>6</sup> Vgl. Buchheim (1993), S. 96f

<sup>7</sup> Vgl. Schröter (2000), S. 359

<sup>8</sup> Vgl. Poidevin (1992), S. 371-73

<sup>9</sup> Vgl. Buchheim (1993), S. 95f

## **2.3 Die Etablierung der Marktwirtschaft in Westdeutschland durch die Vormachtstellung der USA in Westeuropa**

### **2.3.1 Der Marshall-Plan und die großen Reformen von 1948 als Wendepunkt in der Bestatzungspolitik**

Das „European Recovery Program“, auch Marshall-Plan genannt, trat im April 1948 in Kraft und war in seiner Auswirkung als Anfang der Durchsetzung einer wegweisenden liberalen Politik der Vereinigten Staaten auf internationaler Ebene nicht zu unterschätzen. Es stellte etwa 13 Milliarden Dollar zwischen den Jahren 1948 und 1952 zur Förderung des Wiederaufbaus in Westeuropa bereit.<sup>10</sup> Die US-Importgegenwerte wurden als Kredite vergeben und ermöglichten in Deutschland eine hohe Investitionstätigkeit als Voraussetzung von Wachstum insbesondere in der Elektrizitätsinfrastruktur, in welcher die vorherrschende Kapitalknappheit ein großes Problem darstellte.<sup>11</sup> ERP-Gelder hatten auch eine wichtige internationale Funktion als Druckmittel zur Liberalisierung der Importregime und des Zahlungsverkehrs der westeuropäischen Länder mit dem Ziel der Schaffung eines multilateralen Welthandels, damit waren sie förderlich für die Integration Westdeutschlands in einen europäischen Wiederaufbauprozess, welcher gemäß der sich durchsetzenden Auffassung der Vereinigten Staaten ohne die deutsche Wirtschaft nicht möglich war.<sup>12</sup> Außerdem verwendeten die Vereinigten Staaten die Finanzhilfen als Mittel um ihre Vorstellungen insbesondere gegenüber den Franzosen durchzusetzen, welche die Gründung eines westdeutschen Staates zunächst ablehnten.<sup>13</sup> Am 20. Juni 1948 wurde in den drei Westzonen auf amerikanische Initiative hin schließlich eine Währungsreform durchgeführt, die als eine Art Voraussetzung zur Einbeziehung Deutschlands in den Marshall-Plan anzusehen ist. Mit ihr wurde der Geldüberhang in Reichsmark beseitigt und ein neues Zahlungsmittel geschaffen, welches die Geldfunktionen erfüllen konnte. In der britisch-amerikanischen Bizone wurde die Währungsreform begleitet vom wegweisenden Leitsatzgesetz, welches am 26. Juni vom Wirtschaftsrat erlassen wurde und weitgehend den amerikanischen Vorstellungen entsprach. Es beabsichtigte den schrittweisen Abbau des Bewirtschaftungssystems und die Freigabe der meisten Preise, sowie eine Lockerung der Lohnbildung, außerdem wurde im Leitsatzgesetz eine wettbewerbspolitische Grundrichtung vorgegeben, die Monopole und Marktversagen verhindern soll.<sup>14</sup> In der französischen Zone hingegen schlug die Besatzungsverwaltung einen anderen Weg ein. Die Bewirtschaftung und

---

<sup>10</sup> Vgl. Maier (1992), S.13

<sup>11</sup> Vgl. Borchardt; Buchheim (1992), S.444

<sup>12</sup> Vgl. Buchheim (1990), S. 99-101

<sup>13</sup> Vgl. Poidevin (1992), S. 397-398

<sup>14</sup> Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 7. Juli 1948, Frankfurt am Main.

der Preisstopp wurden beibehalten. Jedoch führte die wirtschaftliche Stagnation in der französischen Zone im Vergleich zu einem starken Wirtschaftswachstum in der reformierten Bizone in den Folgemonaten zu einem raschen Umdenken der französischen Militärregierung. Am 8. April 1949 wurde die französische Zone schließlich mit der Bizone zur Trizone vereinigt und die Wirtschaftspolitik in Deutschland war von nun an einheitlich.

### **2.3.2 Zusammenfassende Bewertung des Einflusses der Besatzungsmächte, im Speziellen der USA, auf die deutsche Wirtschaftsordnung**

Die Amerikaner hatten einen starken und nachhaltigen Einfluss, sie verhalfen mit ihren liberalen Einstellungen der Marktwirtschaft in Deutschland zum Durchbruch und verhinderten eine sozialistische Wirtschaftsordnung, wie sie von Großbritannien angedacht war. Mithilfe ihrer dominanten Stellung als Weltwirtschaftsmacht, der zunehmenden Ost-West Konfrontation und dem ERP konnten sie die finanziell abhängigen Besatzungsmächte Großbritannien und Frankreich auf ihre Seite ziehen. Doch all das war nicht ohne die Mitgestaltung einflussreicher deutscher Gruppen möglich, namentlich der sich neu formenden großen Volkspartei CDU mit ihrer bayerischen Schwester CSU und der Ordoliberalen Strömung. Im Folgenden wird unter anderem diese Zusammenarbeit im Rahmen einer Analyse der unterschiedlichen Vorstellungen der innerdeutschen Gruppierungen dargestellt.

## **3 Die unterschiedlichen deutschen Strömungen und ihre Vorstellungen zur Neuordnung der Wirtschaft**

### **3.1 Die Anfänge - Sozialismus, eine Lösung?**

Unmittelbar nach dem Krieg formierten sich die Parteien rasch neu. Als einflussreiche Kräfte etablierten sich die SPD, die neue konservative Volkspartei CDU/CSU und die Liberal-Demokratische Partei (die spätere FDP). Die Parteien verzichteten angesichts der unübersichtlichen Verhältnisse in Deutschland und in den eigenen Reihen in der Anfangszeit 1945/46 auf große, konkret ausformulierte Programme und behelfen sich mit Sofortprogrammen.<sup>15</sup> In diesen zeigten sich verschieden starke Sozialisierungstendenzen, möglicherweise als Reaktion auf die weit verbreitete Ansicht in der deutschen Bevölkerung, der Kapitalismus trage eine Mitschuld am Krieg und der Machterlangung der Nationalsozialisten. Die Sozialdemokraten proklamierten gar die deutsche Demokratie müsse sozialistisch sein, da die „Demokratie im Kapitalismus in steter Gefahr“ sei.<sup>16</sup> SPD, Unionsparteien und Liberale forderten überein-

---

<sup>15</sup> Vgl. Treue (1968), S. 37f

<sup>16</sup> Politische Leitsätze der SPD, Aktionsprogramm 11. Mai 1946, Hannover; zitiert nach Treue (1968), S. 185

stimmend eine Verstaatlichung des Bergbaus und einen gerechten Lastenausgleich, aber die SPD ging noch viel weiter. Sie forderte die Überführung aller Großbetriebe, vor allem der kompletten Grundstoffindustrien (worunter die Eisen- und die Stahlindustrie sowie der Bergbau fallen) und der Versorgungswirtschaft in Gemeineigentum und die Enteignung der Großgrundbesitzer.<sup>17</sup> Zudem sollten „der gesamte Verkehr, die neu zu gestaltende Geld- und Kreditversorgung und das Versicherungswesen Gegenstand sozialer Planung“ sein.<sup>18</sup> Die Unionsparteien CDU und CSU, deren Programme stark von christlichen Werten bestimmt waren, lehnten hingegen eine „Planwirtschaft als Ausfluss eines kollektivistischen Denkens“ und den reinen Wirtschaftsliberalismus strikt ab.<sup>19</sup> In sich waren die Unionsparteien zonal zersplittert und standen unter dem starken Einfluss der Strömung des „christlichen Sozialismus“.<sup>20</sup> Die bayerische CSU trat für den Schutz des privaten Eigentums ein. Eine „Überführung von Privat- in Gemeineigentum“ sollte nur „gegen angemessene Entschädigung“ möglich sein, falls es dem Gemeinwohl dienlich sei.<sup>21</sup> In Sachen betrieblicher Mitbestimmung befürworteten CDU und CSU weitreichende Rechte der Arbeitnehmer.<sup>22</sup> Eine Debatte um die teilweise Vergesellschaftung der Wirtschaft wurde im CDU-Programm von 1946 auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.<sup>23</sup> Von Seiten der Liberal-Demokratischen Partei wurde 1945 die „Erhaltung (...) des Privateigentums und der freien Wirtschaft“ proklamiert.<sup>24</sup> Sie war von Beginn an die liberalste Partei, auch wenn sie dann im Programm von 1949 neben der Vergesellschaftung des Bergbaus auch die Umwandlung der Grundstoffindustrien in Volkseigentum forderte.<sup>25</sup>

## **3.2 Die beiden großen Volksparteien bis 1947**

### **3.2.1 Die CDU, der „christliche Sozialismus“ und das Programm von Ahlen**

Zwischen den liberalen Kräften um Konrad Adenauer, dem Vorsitzenden der CDU der britischen Zone, und Jakob Kaiser, dem Vorsitzenden der CDU der Ostdeutschen Zone, seines Zeichens Anhänger des „christlichen Sozialismus“, entbrannte schon früh ein Richtungsstreit. Die Anhänger des „christlichen Sozialismus“ traten für einen radikalen Neuanfang nach dem Krieg ein. Gemäß ihrem Wunsch sollte eine sozialistische Gesellschaftsordnung entstehen, in

---

<sup>17</sup> Vgl. Politische Leitsätze der SPD, Aktionsprogramm 11. Mai 1946, Hannover; aus Treue (1968), S. 183f

<sup>18</sup> Politische Leitsätze der SPD, Aktionsprogramm 11. Mai 1946, Hannover; zitiert nach Treue (1968), S. 184

<sup>19</sup> Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Dezember 1946; zitiert nach Treue (1968), S. 198

<sup>20</sup> Vgl. Ambrosius (1977), S.38

<sup>21</sup> Politische Leitsätze der SPD, Aktionsprogramm 11. Mai 1946, Hannover; zitiert nach Treue (1968), S. 199

<sup>22</sup> Vgl. Programm der CDU der britischen Zone vom 1. März 1946, Neheim-Hüsten; aus Treue (1968), S. 192; Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Dezember 1946; aus Treue (1968), S. 198

<sup>23</sup> Vgl. Programm der CDU der britischen Zone vom 1. März 1946, Neheim-Hüsten; aus Treue (1968), S. 193

<sup>24</sup> Aufruf der Liberal-Demokratischen Partei, 5. Juli 1945, Berlin; zitiert nach Treue (1968), S. 201

<sup>25</sup> Vgl. Programm der Liberal-Demokratischen Partei, 27. Februar 1949, Eisenach; aus Treue (1968), S. 205

welcher der Kapitalismus von einer klassenlosen Gesellschaft ersetzt wird.<sup>26</sup> Vorbild war nicht das marxistische Muster einer Zentralverwaltungswirtschaft, vielmehr sollte es nur in gewissen Bereichen zu Verstaatlichungen kommen, etwa in den sogenannten Grundstoffindustrien. Es war das erklärte Ziel eine solidarische überbetriebliche Mitbestimmung zu errichten. Ansonsten wurde die Wichtigkeit von privatem Eigentum betont. Der Staat sollte eine zentrale und lenkende Stellung im Wirtschaftsgeschehen erhalten. Die Vorstellungen des „christlichen Sozialismus“ waren geprägt von der christlichen Soziallehre, wobei die katholische Naturrechtslehre eine Hauptrolle einnahm.<sup>27</sup> Jedoch wurde der „christliche Sozialismus“ latent bereits in den Jahren 1945 und 1946 von weiten Teilen der Union abgelehnt.<sup>28</sup> Die liberal-konservativen Kräfte um Adenauer hatten eine stark antisozialistische Grundhaltung. Sie waren von dem Fortbestand einer Bürgerlichen Gesellschaft überzeugt und sahen das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft als grundsätzlich kritisch. Die individuelle Freiheit hatte bei ihnen einen wesentlich höheren Stellenwert. Um dem christlichen Sozialismus weniger Angriffsfläche zu bieten und seine eigene Machtposition zu festigen wirkte Konrad Adenauer im Februar 1947 auf ein sehr soziales Programm hin, das „Ahlener Programm“ der CDU in der britischen Zone, welches auch die Zustimmung des christlichen Gewerkschaftsflügels CDA um den Kontrahenten Johannes Albers fand.<sup>29</sup> Das Programm erkannte die Notwendigkeit einer starken Arbeitnehmermitbestimmung bei sozialen Fragen an, sowie die Notwendigkeit für eine Planung und Lenkung der Wirtschaft in erheblichem Umfang, die Vergesellschaftung der Grundstoffindustrien, den Ausbau des Genossenschaftswesens, eine staatliche Kontrolle des Geld- und Bankenwesens und schließlich eine Kartellgesetzgebung.<sup>30</sup> Damit stand die CDU der SPD im Jahre 1947 in vielen Punkten recht nahe.

### **3.2.2 Kurt Schumacher und die SPD**

Die Sozialdemokraten unter der Führung des Hannoveraners Kurt Schumacher hatten jedoch aus ihrer Tradition heraus deutliche planwirtschaftlichere Tendenzen. Insbesondere der linke Flügel um Viktor Agarz und Erik Nölting hielt an der zentralen Planung fest. Diese sollte durch marktwirtschaftliche Elemente zunehmend zu einer indirekten Lenkung durch Steuer-, Lohn- und Preispolitik umgebaut werden.<sup>31</sup>

---

<sup>26</sup> Vgl. Ambrosius (1977), S. 14f

<sup>27</sup> Vgl. Ambrosius (1977), S. 18

<sup>28</sup> Vgl. Ambrosius (1977), S. 25

<sup>29</sup> Vgl. John (1997), S. 38f

<sup>30</sup> Vgl. Ahlener Programm, zitiert nach John (1997), S.19-26

<sup>31</sup> Vgl. Müller, S. 18-20

### **3.3 Die Vorstellungen der Verbände**

Die Vorstellungen der Gewerkschaften zur Neuordnung der deutschen Wirtschaft beinhalteten neben den Preis- und Lohnkontrollen auch eine Lenkung der Investitionen und eine Ver- gesellschaftung der Schlüsselindustrien.<sup>32</sup> Damit waren sie auf SPD-Kurs und gingen speziell bei den Preis- und Lohnkontrollen deutlich weiter als etwa das Ahlener Programm der CDU. Demgegenüber vertrat der Industrieverband BDI die gleichen marktwirtschaftlich orientierten Auffassungen wie die Liberal-Demokratische Partei und die unternehmernahen CDU Kreise um Adenauer. Auffallend ist die Befürwortung der Erhaltung von Kartellen.

### **3.4 Der Ordoliberalismus - die Entwicklung eines neuen Konzepts**

Der Ordoliberalismus hatte seine Anfänge in den frühen 1930er Jahren und erlebte seine Blütezeit nach dem 2. Weltkrieg. Er versteht sich nicht als eine Art „Dritter Weg“ zwischen dem Liberalismus und dem Sozialismus, sondern vielmehr als eine neoliberale Ordnung, in welcher dem Staat eine wichtige Rolle zukommt, im Gegensatz zum „laissez-faire“-Liberalismus, welcher einen sogenannten „Nachtwächterstaat“ propagiert. Die Kernstücke des Ordoliberalismus befinden sich in den drei Feldern Wettbewerbspolitik, Geldpolitik und Gesellschafts- politik. Das wichtigste Element ist eine staatliche Wettbewerbspolitik in offenen Märkten mit dem Ziel der „Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems und vollständiger Konkurrenz“.<sup>33</sup> Des weiteren ist eine Geldpolitik erforderlich, die mit einer unabhängigen Zentral- bank die Preisstabilität gewährleistet. Letztlich ist nach Ordoliberaler Anschauung auch ein gewisser sozialer Ausgleich unter anderem durch eine progressive Einkommensbesteuerung und eine soziale Grundsicherung in engen Grenzen von Nöten, um soziale Gerechtigkeit her- zustellen ohne die individuelle Freiheit des Einzelnen allzu sehr einzuschränken.<sup>34</sup> Ein sehr großer Wert wird auf die Kontinuität des staatlichen Handelns gelegt, der Staat soll berechen- bar sein und seine Eingriffe müssen marktkonform sein.<sup>35</sup> Das bedeutet, dass sie das Preissys- tem nicht derart beeinflussen dürfen, dass es in seiner Lenkungswirkung versagt. Die wich- tigsten Köpfe hinter dem Konzept des Ordoliberalismus waren die Mitglieder der Freiburger Schule Walter Eucken, Franz Böhm, Friedrich Lutz, Fritz Meyer und die ihr nahe stehenden Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, Ludwig von Mises und Leon- hard Miksch, sowie die österreichischen Neoliberalen um Friedrich August von Hayek. Der große Politiker aber war Ludwig Erhard. Das Organ der Ordoliberalen war die Schriftenreihe

---

<sup>32</sup> Vgl. Möschel, S. 145

<sup>33</sup> Eucken (1949), S. 33

<sup>34</sup> Vgl. Barry (1989), S. 110

<sup>35</sup> Vgl. Möschel (1989), S. 154



„Ordo“. Der Ordoliberalismus stellte aber keine homogene Bewegung dar, es gab auch einige grundsätzlich unterschiedliche Ansichten. Beispielsweise legte Müller-Armack, der Schöpfer des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“, weniger Wert auf die Wettbewerbspolitik und mehr Wert auf Produktivitätssteigerung und den sozialen Aspekt, wohingegen Eucken und Miksch den Primat der Wettbewerbsordnung betonten.<sup>36</sup> Leonhard Miksch forderte gar eine „universelle Wettbewerbsordnung“, die ein eindeutig formuliertes „allgemeines wirtschaftliches Verfassungsgesetz“ zur Grundlage hat um „die Bedingungen der vollständigen Konkurrenz zu fördern“.<sup>37</sup> Schließlich entwickelte sich aus der ordoliberalen Strömung heraus ein modifiziertes Konzept, die „Soziale Marktwirtschaft“, geprägt vor allem von Alfred Müller-Armack, Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke und Ludwig Erhard. Es ist wirklichkeitsnäher und betont sozialpolitische Ziele stärker als der modellhaftere Ordoliberalismus.<sup>38</sup> Das Ziel ist eine Wachstumspolitik, die gesellschaftlichen Wohlstand bringen soll. Dafür ist ein aktiver Staat erforderlich der konjunkturpolitisch agiert und stärker lenkend in den Wirtschaftsprozess eingreift. Dieses Konzept wurde vom zunächst parteilosen Ludwig Erhard in seinen Funktionen als Direktor des bizonalen Wirtschaftsrates vom März 1948 an und ab September 1949 als erster Bundeswirtschaftsminister erfolgreich politisch verfolgt.

### **3.5 Der Wirtschaftsrat der amerikanisch-britischen Bizone**

Der Wirtschaftsrat hatte für die Parteien eine große Bedeutung, denn er war mit weitreichenden wirtschaftlichen Gesetzgebungskompetenzen ausgestattet und hatte die Aufgabe, den wirtschaftlichen Wiederaufbau innerhalb eines von den amerikanischen und britischen Besatzern bestimmten Rahmens zu regeln. Damit bestand für die deutschen Parteien erstmals die Möglichkeit die Wirtschaftsordnung und die wirtschaftliche Zukunft der Bizone mitzugestalten, was mit unter weitreichende Konsequenzen für die Zukunft Westdeutschlands beinhaltete. Die Wahl der Abgeordneten erfolgte durch die Landtage nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel, was den Unionsparteien im ersten, kleinen Wirtschaftsrat (52 Mitglieder) vom Juni 1947 zu einer Fraktionsstärke von 21 Abgeordneten gegenüber 20 der SPD verhalf. Obwohl bis dato alle Wirtschaftsminister der 8 Länder der Bizone aus den Reihen der Sozialdemokraten kamen. Dieses Mehrheitsverhältnis zugunsten der CDU hatte auch im zweiten verdoppelten Wirtschaftsrat mit nun 102 Mitgliedern Bestand. Folglich setzte sich eine liberal-konservative Koalition gegen die SPD bei der Wahl der überaus wichtigen Stelle des Direk-

---

<sup>36</sup> Vgl. Müller (1981), S. 41

<sup>37</sup> Miksch (1950), S.18f

<sup>38</sup> Vgl. Lampert (1992), S. 90; in Anlehnung an Giersch, H. (1960): Allgemeine Wirtschaftspolitik, Gabler, Wiesbaden.

tors der Verwaltung für Wirtschaft durch. Erster Direktor wurde Johannes Semmler, bald gefolgt von Ludwig Erhard. Ludwig Erhard hatte eine liberale Unionsfraktion im Rücken, in welcher der Arbeiterflügel der CDU stark unterrepräsentiert war.<sup>39</sup> Deshalb konnte er mit großer Zustimmung in der Fraktion rechnen. Erhard konnte sich auch der aktiven Förderung seiner liberalen Reformbemühungen durch die amerikanischen Besatzer gewiss sein, wohingegen er aus der CDU wiederholt heftiger Kritik, vor allem in der schweren Zeit nach der Währungsreform ausgesetzt war. Denn die vorherrschenden Vorstellungen in der Partei waren weit weniger liberal. Die SPD bewegte sich nach der verlorenen Direktorenwahl in eine Oppositionsrolle unter der Führung von Kurt Schumacher, der aber kein Mitglied des Wirtschaftsrates war.

### **3.5.1 Konfrontation und Zusammenarbeit der SPD mit einer liberal-konservativen Koalition im Wirtschaftsrat der Bizone**

An den wichtigsten Entscheidungen des Wirtschaftsrates über den Abbau des Bewirtschaftungssystems und die schrittweise Freigabe der Preise und Löhne lassen sich vergleichend die unterschiedlichen Vorstellungen der Parteien herausarbeiten. Einen Schwerpunkt bildete das Leitsatzgesetz vom Juni 1948. Unions- und SPD-Fraktion wollten übereinstimmend das Bewirtschaftungssystem zunehmend zugunsten einer marktwirtschaftlicheren Ordnung abschaffen. Aber die SPD-Fraktion war zögerlicher und legte stets Wert auf Planung und Überwachung, was unter anderem zur Ablehnung des Leitsatzgesetzes führte. Insbesondere in Sachen Preispolitik waren die Auffassungen sehr kontrovers, denn die Sozialdemokraten forderten wiederholt vergeblich die Beibehaltung von Preiskontrollen durch eine Behörde.<sup>40</sup> Bei anderen Fragen hingegen, wie etwa dem Lastenausgleich, konnte teilweise ein überparteilicher Konsens erreicht werden. Demgegenüber wurde beim zweiten Steuerneordnungsgesetz und dem Kapitalverkehrsgesetz eine sture Konfrontationshaltung von Seiten der SPD eingeschlagen, obwohl die Auffassungen zu diesen Themen nicht sehr unterschiedlich waren.<sup>41</sup> Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die SPD für einen weitergehenden sozialen Ausgleich und für stärkere Arbeitnehmerrechte eintrat, als die liberal-konservativen Kräfte um die CDU/CSU, die DP und die liberalen Parteien.

---

<sup>39</sup> Vgl. Müller S. 282

<sup>40</sup> Vgl. Müller S. 316-318

<sup>41</sup> Vgl. Müller S. 319

### **3.5.2 Zusammenfassende Bewertung der Errungenschaften des Wirtschaftsrates**

Der Wirtschaftsrat konnte unter dem Direktor Ludwig Erhard mit Hilfe der liberal-konservativen Mehrheit wichtige Gesetze beschließen, welche die deutsche Wirtschaftsordnung stark und nachhaltig beeinflussten und den Weg zur Marktwirtschaft ebneten. Die pragmatische Unterstützung der Vereinigten Staaten war Ludwig Erhard sicher, denn das Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ kam den liberalen Vorstellungen der Amerikaner sehr nahe. Hervorzuheben ist zum wiederholten Male das die Währungsreform begleitende Leitsatzgesetz. Es transportierte ordoliberales Gedankengut gerade auch in der Wettbewerbspolitik. Schließlich erfuhr die erfolgreiche Politik Ludwig Erhards ab 1949 zunehmend Zustimmung in der CDU/CSU. Ludwig Erhard trat in die CDU ein und die „Soziale Marktwirtschaft“ wurde in den Düsseldorfer Leitsätzen zum Wahlkampfprogramm.

## **4 Abschließende Betrachtung**

Zwischen den unterschiedlichen Vorstellungen zur Neuordnung der deutschen Wirtschaft lassen sich teilweise große Unterschiede erkennen, vor allem in der Beantwortung der Frage: was soll die Rolle des Staates sein, wie viel Planung und Lenkung ist notwendig? Auch wird die ständige Weiterentwicklung der Vorstellungen vor allem bei der CDU deutlich. Wie bereits im ersten Teil ausgeführt, nehmen die Vereinigten Staaten eine zentrale Rolle ein. Der amerikanische Militärverwalter Lucius D. Clay dämpfte erfolgreich den Sozialisierungswillen der deutschen Bevölkerung, welcher sich deutlich in den ersten Parteiprogrammen zeigte, bis mit dem Marshall-Plan und der Währungsreform schließlich die Weichen in Richtung Marktwirtschaft gestellt wurden.<sup>42</sup> Ein Großteil des weiteren Weges in Richtung Marktwirtschaft wurde im Wirtschaftsrat der Bizone bestritten. Der Ordoliberalismus hinterließ deutliche Spuren und fand sich im Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ wieder, welches zum Kernstück der Wirtschaftspolitik der Unionsparteien und der CDU/CSU, FDP-Regierung unter Adenauer nach dem Bundestagswahlsieg im August 1949 wurde. Schließlich kann man von einer Durchsetzung der Vorstellungen der USA und der „Sozialen Marktwirtschaft“ sprechen, welche die Neuordnung der deutschen Wirtschaft entscheidend bestimmten.

---

<sup>42</sup> Vgl. Scholz, S. 189

## Literaturverzeichnis

- Ambrosius, G. (1977): Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1949, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.
- Barry, N. P. (1989): Political and economic thought of German neo-liberals, in Peacock, A.; Willgerodt H. (eds.) (1989): German Neo-Liberals and the Social Market Economy, MacMillian, London, S. 105-124.
- Borchardt, K.; Buchheim, C. (1992): Marshall-Plan-Hilfe in industriellen Schlüssel-sektoren, in Maier, C.S.; Bischof, G. (Hg.): Deutschland und der Marshall-Plan, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 441-474.
- Buchheim, C. (1990): Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945-1958, R. Oldenburg, München.
- Buchheim, C. (1993): The Currency Reform in West Germany in 1948, in German Yearbook on Business History 1989-92, München, S. 85-120.
- Eucken, W.; Böhm, F. (Hg.) (1949): Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 2, Godesberg.
- Eucken, W. (1949): Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, in Eucken, W.; Böhm, F. (Hg.) (1949): Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 2, Godesberg, S. 1-99.
- Giersch, H.; Paqué K.-H.; Schmiedling, H. (1992): The fading miracle, University Press, Cambridge.
- John, Antonius (1997): Ahlener Programm und Bonner Republik, Bouvier Verlag, Bonn.
- Lampert, H. (1992): Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, 11.Auflage, Olzog, München.

- Maier, C. S.; Bischof, G. (Hg.) (1992): Deutschland und der Marshall-Plan, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Miksch, L. (1950): Der Schutz des Wettbewerbs in der sozialen Marktwirtschaft, Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheit, Frankfurt.
- Möschel, W. (1989): Competition policy from an Ordo point of view, in Peacock, A.; Willgerodt H. (eds.) (1989): German Neo-Liberals and the Social Market Economy, MacMillian, London, S. 142-159.
- Müller, Georg (1982): Die Grundlegung der westdeutschen Wirtschaftsordnung im Frankfurter Wirtschaftsrat 1947-1949, Haag+Herchen Verlag, Frankfurt.
- North, M. (Hg.) (2000): Deutsche Wirtschaftsgeschichte, C.H. Beck, München.
- Peacock, A.; Willgerodt, H. (eds.) (1989): German Neo-Liberals and the Social Market Economy, MacMillian, London.
- Poidevin, R. (1992): Frankreich, der Marshall-Plan und das deutsche Problem 1947-1948, in Maier, C.S.; Bischof, G. (Hg.): Deutschland und der Marshall-Plan, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 371-400.
- Scholz, G. (1988): Kurt Schumacher, Econ, Düsseldorf.
- Schröter, H. G. (2000): Von der Teilung zur Wiedervereinigung (1945-2000), in North, M. (Hg.): Deutsche Wirtschaftsgeschichte, C.H. Beck, München, S. 351-420.
- Treue, Wolfgang (1968): Deutsche Parteiprogramme seit 1861, 4. Auflage, Musterschmidt-Verlag, Göttingen.
- Winkler, D. (1979): Die Amerikanische Sozialisierungspolitik in Deutschland 1945-1948, in Winkler, H.A. (Hg.): Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-53, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen, S. 88-117.

- Winkler, H. A. (Hg.) (1979): Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-53, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen.

### **Hilfsmittel**

- Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 7. Juli 1948, Frankfurt am Main.